



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

4/1997

Aktuelle Trends

Rüdiger Pohl

Wirtschaftspolitik mit Priorität
für die Wettbewerbsfähigkeit
– ein Kommentar

Arbeitskreis Konjunktur

Deutschland 1997:
Schwacher, exportgetragener Aufschwung

Hans-Ulrich Brautzsch

Ostdeutsches Druckereigewerbe:
Trotz Wettbewerbsfähigkeit rascher Personalabbau

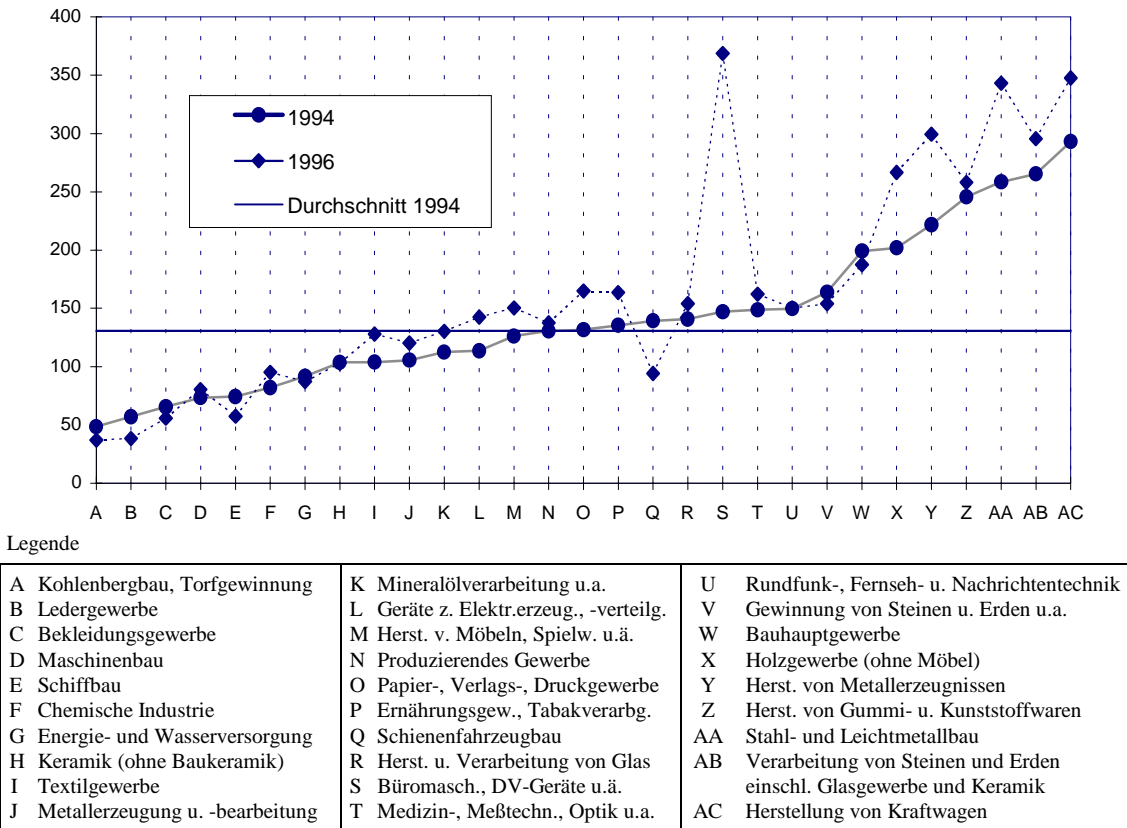
Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage:
Ostdeutsches Bauhauptgewerbe im Februar mit
großer Skepsis

Aktuelle Trends

Ostdeutsche Industrieproduktion 1996 mit anhaltender Ausdifferenzierung von Wachstums- und Schrumpfungsbranchen

- Produktionsindex 1991=100, geordnet in aufsteigender Folge für 1994 -



Trotz deutlicher Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs in Ostdeutschland auf 2 vH im Jahre 1996 hat das Verarbeitende Gewerbe weiter kräftig zugelegt. Bei einem Wachstum der Industrieproduktion von 6 vH im Durchschnitt hat zugleich die Ausdifferenzierung von expandierenden und schrumpfenden Branchen angehalten.

In der Mehrzahl der Zweige ist der Produktionsausstoß 1996 im Vergleich zu 1994 – dem Jahr mit der höchsten Wachstumsrate der Industrieproduktion seit der Vereinigung – weiter angestiegen. Dazu gehörten sowohl Hersteller von Vorprodukten als auch Enderzeugnissen der Chemischen Industrie (F), der Mineralölindustrie (K), der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie (Z), der Glasindustrie (R), der Holzindustrie (M,X), der Metall- und Elektroindustrie (J,L,S,T,Y, AA,AC). Deutlich hebt sich hier der Aufwärtstrend bei den Herstellern von DV-Geräten (S) ab. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln und Getränken (P), Textilien (I) sowie Papier-, Verlags- und Druckerzeugnissen (O) hat weiter zugenommen.

Dagegen verharren der Maschinenbau (D), die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (U), die Energie- und Wasserversorgung (G) sowie die Herstellung keramischer Erzeugnisse auf dem Produktionsniveau vom Jahre 1994.

Weiter auf dem Schrumpfungspfad befanden sich der Kohlenbergbau (A), das Leder- und das Bekleidungsgewerbe (B,C) sowie der Schiffbau (E). Auch im Schienenfahrzeugbau (Q) gab 1996 das Produktionsniveau nach. Die inzwischen rückläufige Baukonjunktur zeigte sich nicht nur im Bauhauptgewerbe (W), sondern schlug auch auf die Gewinnung von Steinen und Erden (V) durch.

Udo Ludwig

Kommentar

Wirtschaftspolitik mit Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit

Schwaches Wirtschaftswachstum, eine gedrückte Investitionsquote, steigende Arbeitslosigkeit: die Wirtschaftspolitik ist gefordert. Manche Stimmen rufen nach staatlicher Nachfragepolitik. Sicherlich, mehr Aufträge für die Unternehmen würden die krisenhaften Tendenzen vorübergehend mildern. Doch ist hier nicht viel zu erwarten. Die Geldpolitik hat ihr Wirkungspotential weitgehend ausgereizt, selbst bei historisch niedrigen Zinsen bleiben die Investitionen schwach. Dem Staat verbietet sich forciertes deficit spending unabhängig von den Maastricht-Kriterien, weil seine Zinslastquote (vor allem beim Bund) hoch ist und weiter steigt; bei noch höherer Zinslast würde die künftige Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Selbst wenn es denn gelänge, 30 oder 40 Mrd. DM an Mehrnachfrage zu mobilisieren, bliebe dies (bei einer Inlandsnachfrage von insgesamt 3.500 Mrd. DM) ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal ein Teil der Mehrnachfrage im Kauf ausländischer Güter versickern würde. Nachdenklich muß stimmen, daß das gewaltige deficit spending nach der Wiedervereinigung keine Probleme der westdeutschen Wirtschaft gelöst hat.

Die anhaltenden Schwierigkeiten am deutschen Arbeitsmarkt reflektieren zudem nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie einen temporären Mangel an Güternachfrage, sondern eher eine geschwächte Wettbewerbsfähigkeit. Es gilt auseinanderzuhalten: nicht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Ganzen ist bedroht, wohl aber die des Standortes Deutschland. Viele deutsche Unternehmen sichern ihre unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit gerade dadurch, daß sie sich vom angestammten Standort in Deutschland lösen. Sie reduzieren Beschäftigung im Inland und weiten sie im Ausland aus; ihre Investitionstätigkeit im Inland ist verhalten, im Ausland dynamisch; sie verlagern Wertschöpfung in andere Länder, durch Produktionsverlagerung oder durch verstärkten Vorleistungsbezug von dort. Andere Unternehmen, denen diese Optionen nicht offenstehen, kommen häufig in arge Bedrängnis.

Da hilft nicht die Beschwörung, die gängigen Standortfaktoren (Lohnstückkosten, Steuern, Regulierungen) seien gar nicht ungünstiger als im Ausland. Wenn sich beispielsweise die Lohnstückkosten durch Abbau überteuerter Arbeitsplätze an das Niveau der Wettbewerber angleichen, ist für den Arbeitsmarkt nichts gewonnen. Auch das steigende Exportvolumen beruhigt nicht. Wenn die Unternehmen weiter Anreize zur Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland verspüren, werden sie ihre Exportaufträge morgen verstärkt vom ausländischen und nicht mehr vom inländischen Standort aus bedienen. Nachfrage ist wichtig, aber das allein löst nicht das Problem; *wo* Nachfrage Produktion auslöst – hierzulande oder auswärts –, entscheidet über die Arbeitsplätze.

Was also ist zu tun? Standortpessimismus ist fehl am Platze. Die Bundesrepublik Deutschland hat keine unlösbaren Probleme, nur muß das Land auf die Loslösung der Unternehmen vom angestammten Wirtschaftsraum reagieren. Die Wirtschaftspolitik muß mit Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit von Wertschöpfung am Standort Deutschland eintreten.

Die alten Verteilungskämpfe sind inhaltsleer geworden. Wirkten früher überhöhte Lohnsteigerungen nach Überwälzung in die Preise inflationär, verstärken sie heute die Verlagerung der Wertschöpfung nach auswärts. Verteilungskampf geht mehr denn je auf Kosten der Arbeitsplätze. Die Tarifpolitik hat das erkannt, ansatzweise wenigstens. Moderate und differenziertere Lohnabschlüsse, mehr Flexibilität in den tarifvertraglichen Regelungen: das muß der Kurs für die Zukunft bleiben. Die größten Brocken hat der Staat vor sich. Mit der Steuerreform müssen die Anreizwirkungen des Steuersystems nachhaltig verbessert werden. Niedrigere Grenzsteuersätze (einschließlich Spitzensteuersatz) dienen dem; würden aber voraussetzen, daß die vielen Schlupflöcher in der Steuerbemessungsgrundlage verstopft werden. Die Reform der Sozialen Sicherung ist unumgänglich, um die Dynamik der Sozialbeiträge (Lohnnebenkosten) zu bremsen. Dies ist die härteste Aufgabe. Gerade weil die Unternehmen Anreize haben, sich vom angestammten Standort zu lösen, ist die traditionelle Kofinanzierung der Sozialversicherungsbeiträge schwer zu halten. Mit der Verlagerung von Wertschöpfung verabschieden sich Unternehmen aus der Kofinanzierung. Auf die Dauer wird es zu neuen Finanzierungsmodellen kommen müssen. Keine Frage, daß sich so grundlegende Reformen nur realisieren lassen, wenn nicht die Umverteilung, sondern die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland und damit die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis Priorität erhält.

Rüdiger Pohl

Deutschland 1997: Schwacher, exportgetragener Aufschwung

Der konjunkturelle Auftrieb vom Sommerhalbjahr 1996 hat im weiteren Verlauf des Jahres wieder an Schwung verloren. Im vierten Quartal kam es zu einer deutlichen Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion. Die Binnenkonjunktur blieb kraftlos, wohingegen die Nachfrage aus dem Ausland kräftig zunahm.

Mit einem Einbruch der Auslandsnachfrage ist 1997 infolge der anziehenden Weltkonjunktur und der Normalisierung des Außenwerts der D-Mark nicht zu rechnen. Der für den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesem Jahr erwartete Anstoß kommt damit – wie bereits so oft in der Vergangenheit – vom Export. Der Impuls dürfte im Laufe des Jahres die Investitionstätigkeit anregen, auch wenn die Käufe von neuen Ausrüstungsgütern trotz günstiger finanzieller Rahmenbedingungen nur langsam zunehmen werden. Die Selbstverstärkung des Aufschwungs wird schwach bleiben, da die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Zusammenhang mit dem fortgesetzten Beschäftigungsabbau, moderaten Lohnabschlüssen und steigenden finanziellen Belastungen der Arbeitseinkommen ebenfalls wenig steigen und nur geringen Spielraum für zusätzlichen Konsum bieten. Dämpfend auf den konjunkturellen Verlauf wirken die Bauinvestitionen. Die abwärts gerichtete Tendenz dürfte zunächst anhalten, im späteren Verlauf jedoch schwächer werden.

Insgesamt kann für Deutschland im Jahre 1997 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 2,1 vH gerechnet werden. Das bedeutet gegenüber

dem Vorjahr eine Beschleunigung, der Aufschwung bleibt jedoch zu schwach, um einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1997

	1995	1996	1997
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Privater Verbrauch	1,8	1,3	1,2
Staatsverbrauch	2,0	2,4	1,0
Anlageinvestitionen	1,5	- 0,8	1,1
Ausrüstungen	2,0	2,4	4,3
Bauten	1,2	-2,7	-1,0
Letzte inl. Verwendung	2,1	0,8	1,4
Ausfuhr	5,9	4,9	6,8
Einfuhr	6,4	2,6	4,0
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,4	2,1
Westdeutschland	1,6	1,3	2,1
Ostdeutschland	5,3	2,0	2,4
	in 1.000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	34.868	34.465	34.345
Westdeutschland	28.482	28.186	28.135
Ostdeutschland	6.386	6.279	6.210
Arbeitslose	3.612	3.965	4.236
Westdeutschland	2.565	2.796	2.975
Ostdeutschland	1.047	1.169	1.261
	in vH		
Arbeitslosenquote ^a	9,4	10,3	11,0
Westdeutschland	8,3	9,0	9,6
Ostdeutschland	14,1	15,7	16,9

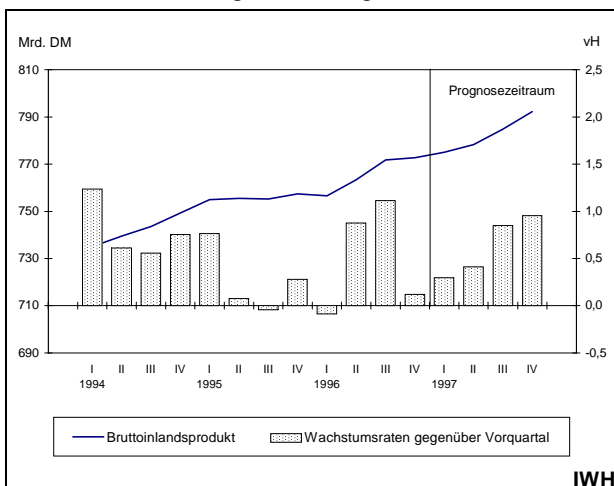
^a Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Abbildung 1:

Bruttoinlandsprodukt Deutschland

- saison- und arbeitstäglich bereinigt, in Preisen von 1991 -



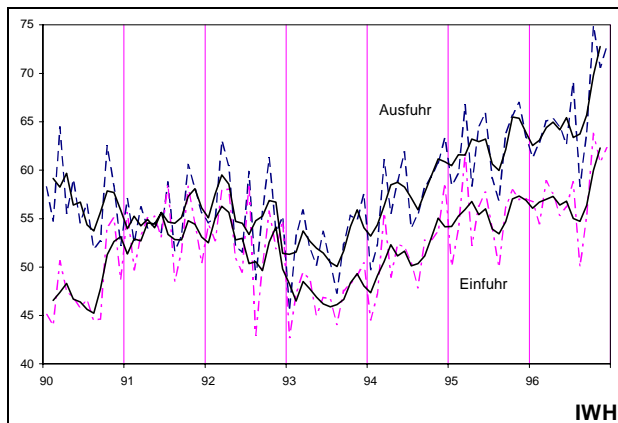
Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Exporte – Impulsgeber der Konjunktur

Die deutschen Ausfuhren haben besonders zum Jahresende 1996 hin kräftig an Fahrt gewonnen. Dazu beigetragen haben günstige außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Zum einen hat sich die Konjunktur auf wichtigen Exportmärkten der deutschen Wirtschaft belebt. Zum anderen gestaltet sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte aufgrund der vollständigen Rückbildung der D-Mark-Aufwertung im Verlaufe des vergangenen Jahres nun wieder günstiger. Der reale effektive Wechselkurs liegt mittlerweile unter dem Niveau, auf dem er sich Anfang 1994 befand. Insbesondere die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten von Amerika werden von dem geringeren Außenwert der D-Mark profitieren. Darüber hinaus

kommen weiterhin starke exportstimulierende Impulse aus den Wachstumsmärkten im südostasiatischen Raum, in Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika, wo deutsche Unternehmen in jüngster Zeit bemerkenswerte Exporterfolge erzielen konnten. Insgesamt erwartet das IWH eine Zunahme der Exporte 1997 um ca. 6,8 vH.

Abbildung 2:
Der Außenhandel Deutschlands (Monats- und gleitender Dreimonatsdurchschnitt)
- in Mrd. DM -



Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

Auch die Importe werden 1997 weiter zunehmen. Nachdem der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland im vergangenen Jahr eher schwach war und wenig auf die Einfuhr ausstrahlte, wird mit der leichten Belebung der Konjunktur die Nachfrage nach Importgütern wieder etwas stärker steigen. Neben dem allmählichen Anstieg der Investitionstätigkeit der Unternehmen gehen Impulse vor allem von der steigenden Auslandsnachfrage und der damit in engem Zusammenhang stehenden Ausweitung der Inlandsbestellungen von importierten Vorprodukten aus.

Tabelle 2:
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1991 -

	1995	1996	1997
	<i>in Mrd. DM</i>		
Ausfuhr	788,5	826,9	883,1
Einfuhr	803,4	824,5	857,5
Außenbeitrag	- 14,9	2,4	25,6
	<i>Veränderungen geg. Vorjahr in vH</i>		
Ausfuhr	5,9	4,9	6,8
Einfuhr	6,4	2,6	4,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Alles in allem wird die Ausfuhr von Waren auch 1997 schneller wachsen als die Einfuhr. Der Beitrag des Außenhandels mit Waren und Dienstleistungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg wird hoch bleiben und eine weitere Verbesserung der Leistungsbilanz ermöglichen.

Ausrüstungsinvestitionen im Sog der Exportkonjunktur

Die seit dem Sommerhalbjahr kräftig gestiegenen Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland haben auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder angeregt. Im zweiten Halbjahr 1996 sind die Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um 3,7 vH gestiegen.

Die Inlandsbestellungen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe kommen allerdings nur langsam in Schwung. Bei Ausrüstungsgütern waren sie zum Jahresende wieder rückläufig. Eine Umkehr des ansteigenden Trends bedeutet dies jedoch noch nicht. Für die Fortsetzung des langsamen Aufschwungs sprechen die leicht steigende Kapazitätsauslastung in der Industrie und das relativ günstige Investitionsklima. Die volkswirtschaftliche Gewinnquote steigt seit dem Frühjahr kräftig an, das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme bleibt hinter dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zurück. Die Kapitalmarktzinsen sind niedrig.

Insgesamt gehen jedoch nur schwache Impulse auf die Investitionstätigkeit aus, so daß im Jahre 1997 allenfalls mit einer Zunahme von 4,3 vH zu rechnen ist. Dies erscheint vor dem Hintergrund des erwarteten schwachen gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs sehr hoch, ist jedoch im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen, in denen die Ausrüstungsinvestitionen um 10 vH zulegten, eher mager. Für ein kräftigeres Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen fehlen trotz der günstigen Rahmenbedingungen bislang noch deutliche Anzeichen. Lediglich ein fortgesetzt hohes Tempo des

Tabelle 3:
Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1995	1996	1997
Ausrüstungen	2,0	2,4	4,3
Bauten	1,2	-2,7	-1,0
Gewerbliche Bauten	1,2	-4,5	-0,3
Wohnbauten	3,0	-0,3	-0,8
Öffentliche Bauten	-4,4	-6,8	-3,1
Anlageinvestitionen	1,5	-0,8	1,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Auftragseingangs aus dem Ausland könnte im weiteren Verlauf des Jahres für eine Beschleunigung der Investitionstätigkeit sorgen.

Rückgang der Bauinvestitionen schwächt sich ab

Bei den Bauinvestitionen setzt sich dagegen die Abwärtsbewegung fort. Im Jahre 1996 haben sie den Vorjahresstand um 2,7 vH unterschritten. Im Wohnungsbau fiel das Minus wegen der Vorzieheffekte in Ostdeutschland im Zusammenhang mit der Rückführung der Sonderabschreibungen nicht ganz so hoch aus. Darüber hinaus haben Impulse aus dem west- wie ostdeutschen Eigenheimbau aufgrund der staatlichen Fördermaßnahmen den Rückgang gedämpft. Das Investitionsgeschehen im öffentlichen und im gewerblichen Bau hat allerdings spürbar abgenommen und bewegte sich im Vergleich zum Vorjahr auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Tabelle 4:

Entwicklung der Bauinvestitionen in den alten und neuen Bundesländern

- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1995	1996	1997
Alte Bundesländer	- 1,0	- 3,0	0,5
Gewerbliche Bauten	- 0,3	- 3,4	1,5
Wohnbauten	- 0,3	- 1,6	0,9
Öffentliche Bauten	- 5,1	- 7,8	- 3,1
Neue Bundesländer	7,4	- 1,7	- 4,8
Gewerbliche Bauten	4,2	- 6,6	- 3,8
Wohnbauten	16,2	4,4	- 6,5
Öffentliche Bauten	- 2,9	- 4,8	- 3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Im Verlauf von 1997 wird es zu einer Belebung der Investitionstätigkeit in Deutschland kommen, die allerdings noch nicht kräftig genug ist, um das Niveau der Bauinvestitionen im Vorjahr zu erreichen. Der Rückgang wird sich jedoch mit 1 vH in Grenzen halten. Wachstumsimpulse sind von den Maßnahmen im Wohnungsbestand, dem Eigenheimbau und dem westdeutschen Wirtschaftsbau zu erwarten. Die insgesamt rückläufige Tendenz bei den Bauinvestitionen kann 1997 insbesondere wegen der auslaufenden Sonderentwicklung auf dem ostdeutschen Bauprodukt nicht aufgehalten werden: Der staatlich geförderte und vor allem durch westdeutsche Investoren getragene Mietwohnungsneubau verliert mit dem Auslaufen der Sonderabschreibungen deutlich an Schwung und verstärkt

den Rückgang der Nachfrage im öffentlichen und gewerblichen Bau Ostdeutschlands. Der den Vorzieheffekten im Jahre 1996 folgende Einbruch im ostdeutschen Wohnungsbau in diesem Jahr wird etwa 6,5 vH ausmachen. Im Wirtschaftsbau ergeben sich wegen bereits vorhandener Angebotsüberhänge (insbesondere im Handel, bei Gewerbeparks und Büroimmobilien) und im öffentlichen Bau wegen notwendiger Sparmaßnahmen erneut Nachfragerückgänge. In Westdeutschland könnten sich die Bauinvestitionen demgegenüber 1997 auf dem Vorjahresniveau stabilisieren. Die Impulse bleiben aber auch hier insgesamt schwach.

Kaum Impulse vom privaten Verbrauch

Der private Verbrauch hat sich 1996 wie auch 1995 im gleichen Tempo wie das Bruttoinlandsprodukt entwickelt. Allerdings ist der Anstieg der Konsumausgaben im Jahre 1996 schwächer ausgefallen, als man es aufgrund der steuerlichen Entlastungen hätte erwarten können. Ein Teil der Abgabentlastung der Verbraucher wurde durch Einkommensausfälle infolge des starken Beschäftigungsrückgangs sowie der Erhöhung der Beitragsätze zur Sozialversicherung aufgezehrt. Zudem hat die maßvolle Erhöhung des Effektivlohns je Arbeitnehmer von rund 2,3 vH im Jahr 1996 nach etwa 3,5 vH im Jahre 1995 die Nettolohn- und -gehaltsumme (ohne Umbuchung des Kindergeldes) nur marginal ansteigen lassen.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im vergangenen Jahr schwächer angestiegen als 1995. Aufgrund der ungebrochenen Dynamik der Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen, die mittlerweile ein Drittel der verfügbaren Einkommen ausmachen, expandierten die verfügbaren Einkommen nominal mit rund 3,3 vH und real mit 1,4 vH. Diese Einkommenserhöhung schlug sich fast proportional in einem Anstieg des privaten Konsums nieder. Die schwächere Einkommensentwicklung wirkte sich – wie in den Vorjahren – insbesondere negativ auf den Einzelhandelsumsatz aus. Der Umsatz des Einzelhandels im engeren Sinne – d.h. ohne Kfz- und Mineralölhandel sowie Apotheken – war 1996 real um einen Prozentpunkt rückläufig.

Im Jahre 1997 wird der private Konsum aufgrund von weiterhin moderaten Lohnabschlüssen, steigenden Sozialabgaben, Sparmaßnahmen bei den staatlichen Einkommensübertragungen und einem anhaltenden Rückgang der Beschäftigtenzahlen deutlich langsamer zunehmen als das Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle 5:

Verfügbares Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte^a in Deutschland

- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

	1995	1996	1997
Verfügbares Einkommen, nominal	3,6	3,3	3,0
darunter			
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,1	2,2 ^b	-0,3
Empfangene lfd. Übertragungen	5,6	1,5 ^b	1,9
Ersparnis	2,6	3,4	1,6
Privater Verbrauch, nominal	3,8	3,3	3,1
Sparquote (in vH)	11,6	11,6	11,5
Preisindex des privaten Verbrauchs	1,9	1,9	1,9
Privater Verbrauch, real	1,8	1,3	1,2

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. –^b Mit dem Jahressteuergesetz 1996 wird das Kindergeld in der Nettolohn- und -gehaltsumme mit der Steuerschuld verrechnet. Daraus folgt, daß die Jahresraten der Nettolohn- und -gehaltsumme und der empfangenen laufenden Übertragungen im Jahr 1996 durch den buchungstechnischen „Einschluß“ bzw. „Wegfall“ des Kindergeldes höher bzw. niedriger sind als sie ohne diese Buchungsumstellung wären.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

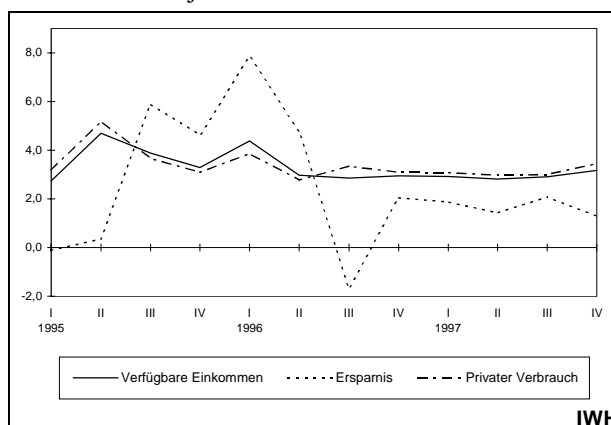
Angesichts der weiter angespannten Arbeitsmarktsituation und der hohen Preisniveaustabilität werden die tariflichen Neuabschlüsse für 1997 niedrig ausfallen. Erste abgeschlossene Tarifabkommen im Öffentlichen Dienst, in der Metallindustrie Niedersachsens, in der Chemieindustrie, in der Holzverarbeitenden Industrie sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie beinhalten Abschlußraten von durchschnittlich 1,5 vH für 1997. Da der Abbau der Beschäftigung erst gegen Jahresende zum Stillstand kommen wird, ist im laufenden Jahr zudem nochmals mit einem deutlichen Rückgang des Arbeitsvolumens von knapp 1,5 vH zu rechnen, so daß die Bruttolohn- und -gehaltsumme mit gut 1 vH nur wenig mehr als 1996 ansteigen dürfte. Dagegen wird die Nettolohn- und -gehaltsumme infolge der merklichen Erhöhung des Beitragsatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,2 vH auf 20,3 vH zu Beginn des Jahres und einer leichten Zunahme des Beitragsatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahresverlauf voraussichtlich sogar leicht sinken.

Die staatlichen Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte werden in diesem Jahr nur geringfügig steigen. Sie sind von den Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand geprägt. Die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung werden – trotz deutlich steigender Zahl der Arbeitslosen – aufgrund der Reform des Arbeitsförderungsrechts nur begrenzt zunehmen. Ebenfalls dämpfend auf die übertragenen Einkommen wirken Einspar-

Abbildung 3:

Entwicklung der verfügbaren Einkommen, des privaten Verbrauchs und der Ersparnis

- in vH zum Vorjahr -



Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

maßnahmen in der Kranken- und Rentenversicherung. Darüber hinaus fällt die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres entsprechend der Entwicklung der Nettoeinkommen des Vorjahres gering aus.

Ein stabilisierendes Element der Entwicklung der Gesamteinkommen der privaten Haushalte sind die Einkommen aus Vermögen (Zins- und Mieteinkünfte) sowie die entnommenen Gewinne der Selbstständigen. Sie legen in diesem Jahr nochmals an Dynamik zu. Unter Einschluß der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um knapp 3 vH – und damit schwächer als im Vorjahr – ansteigen.

Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte leicht sinken. Dafür spricht das Bestreben der Haushalte, ein einmal erreichtes Konsumniveau auch bei schwacher Einkommensentwicklung aufrechtzuhalten. Die Konsumausgaben der Haushalte dürften demzufolge um 3,1 vH zulegen, was bei weiterhin ruhigem Preisklima einem Anstieg des realen privaten Verbrauchs von 1,2 vH entspricht.

Anstieg der Produktion schwach

Die kräftige Expansion des Bruttoinlandsprodukts im Sommerhalbjahr 1996 hat sich nicht bis zum Jahresende fortgesetzt. Im IV. Quartal ist die gesamtwirtschaftliche Produktion kaum noch gestiegen, so daß sie 1996 insgesamt im Vergleich zu 1995 nur um 1,4 vH zugenommen hat. In Westdeutschland betrug der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 1,3 vH, in Ostdeutschland 2,0 vH. Die Tendenz war in beiden Gebietsteilen nach den Aufholeffekten im Sommerhalbjahr schwach, was vor allem der abflauenden Baukonjunktur geschuldet ist.

Im Verlauf des Jahres 1997 wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion nach einem kraftlosen ersten Vierteljahr beleben. Angestoßen von der Auslandsnachfrage wird vor allem die Industrieproduktion in West- wie in Ostdeutschland anziehen. Auch von den leicht ansteigenden Ausrustungsinvestitionen werden die Hersteller industrieller Erzeugnisse profitieren. Die Bauproduktion wird dagegen infolge der schrumpfenden Nachfrage weiter sinken. Der Rückgang dürfte jedoch in Westdeutschland nach dem Sommerhalbjahr zum Stillstand kommen, während er in Ostdeutschland über das ganze Jahr andauern wird. Einer Zunahme der Industrieproduktion in Deutschland um knapp 2,5 vH wird 1997 ein Rückgang der Bauproduktion um etwa 1 vH gegenüberstehen. Die Dienstleistungen dürften mit 5 vH weiter kräftig expandieren, in Ostdeutschland wegen des noch bestehenden Nachholbedarfs stärker als in Westdeutschland.

Das Bruttoinlandsprodukt wird 1997 um 2,1 vH steigen, in Ostdeutschland im Sog der anziehenden Konjunktur in Westdeutschland mit 2,4 vH etwas mehr als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Einem schnelleren Produktionsanstieg in Ostdeutschland stehen die schrumpfende Bauproduktion und die noch schwachen Impulse für die Industrie entgegen.

Beschäftigungsabbau setzt sich fort

Das schwache Produktionswachstum im Jahre 1996 konnte den Trend zum Rückgang der Beschäftigung in Deutschland nicht aufhalten.

In Westdeutschland setzte sich der seit der Rezession von 1993 zu beobachtende Beschäftigungsabbau fort. Im Jahre 1996 ging die Erwerbstätigkeit um weitere 300.000 Personen zurück. Die Arbeitsplatzverluste konzentrierten sich auf das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Verkehrswesen. Der starke Beschäftigungsrückgang war einerseits Reflex des schwachen Produktionswachstums. Andererseits spiegelt der Arbeitsplatzabbau die anhaltend starken Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen wider.

In Ostdeutschland nahm die Erwerbstätigkeit um gut 100.000 Personen ab, wobei auf dem ersten Arbeitsmarkt mehr als 60.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Dies ist insbesondere auf die rückläufige Beschäftigungsentwicklung im Baugewerbe sowie den Abbau von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst zurückzuführen.

Jahresdurchschnittlich nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland deutlich zu. In Westdeutschland war der Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem auf

den Abbau von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen. In Ostdeutschland hingegen war er hauptsächlich durch die Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen bedingt.

Auch 1997 läßt das schwache Produktionswachstum in Deutschland einen weiteren – wenn auch abgeschwächten – Rückgang der Arbeitsnachfrage erwarten. In Ostdeutschland dürften etwa 70.000 Arbeitsplätze abgebaut werden, davon etwa 50.000 auf dem ersten Arbeitsmarkt. Insbesondere das Baugewerbe sowie der Öffentliche Dienst werden hiervon betroffen sein. In Westdeutschland dürfte sich der Rückgang der Beschäftigung abflachen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wird 1997 jahresdurchschnittlich auf über 4,2 Millionen ansteigen. Die Arbeitslosenquote wird in Ostdeutschland auf 16,9 Prozent und in Westdeutschland auf 9,6 Prozent anwachsen. Angesichts dieser hohen Arbeitslosigkeit ist nicht davon auszugehen, daß eine Entspannung am Arbeitsmarkt allein durch eine Wachstumsbeschleunigung zu realisieren ist.

Ruhige Preisentwicklung

Im Laufe des letzten Jahres verringerte sich die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland erneut gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten verlangsamte sich von 1,8 vH im Dezember 1995 auf 1,4 vH im Dezember 1996. Die Erzeugerpreise gewerblicher Güter waren im Verlauf des Jahres teilweise rückläufig und wiesen im gesamten letzten Jahr lediglich einen Anstieg von 0,5 vH gegenüber 1995 auf. Sowohl die Rohstoffpreise als auch die Preise für Importe zogen leicht an. Der Sprung der Lebenshaltungskosten im Januar dieses Jahres – der Anstieg erhöhte sich auf 1,8 vH gegenüber dem Vorjahresmonat – signalisiert kein erneutes Aufflammen der Inflation, sondern ist in erster Linie auf Sondereffekte und saisonale Einflüsse zurückzuführen. Die Anhebung einiger administrierter Preise (beispielsweise Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie Preise des öffentlichen Nahverkehrs) spielten dabei ebenso eine Rolle, wie der witterungsbedingte Preisanstieg von Obst, Gemüse und Brennstoffen. Hinzu kam ein statistischer Basiseffekt. Die Abschaffung des Kohlepfennigs hatte im Januar 1996 einen Rückgang der Stromkosten gegenüber dem Vormonat bewirkt und dämpfte damit den Anstieg der Lebenshaltungskosten. Dieser Rückgang ist in der Berechnung des Preisniveaustiegs im Vorjahresvergleich für Januar dieses Jahres nicht mehr enthalten.

Eine Verstärkung des Preisauftriebs ist in der derzeitigen Entwicklung somit nicht angelegt. Sie ist im weiteren Jahresverlauf insbesondere aus zwei Gründen auch nicht zu erwarten. Erstens wird die D-Mark gegenüber dem US-Dollar voraussichtlich nicht weiter an Wert verlieren, so daß der von den Importpreisen ausgehende Preissteigerungsdruck abebben wird. Zweitens ist die treibende Kraft eines Inflationsprozesses stets ein Aufschaukeln von Preisen und Löhnen – eine Entwicklung, die derzeit nicht in Sicht ist. Die zur Zeit geltenden moderaten Tariflohnabschlüsse reichen bis weit in dieses Jahr hinein, und es ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosenzahlen auf mehr als 4,2 Millionen im Jahresdurchschnitt auch in den nächsten Tariflohnverhandlungen mit einer Zurückhaltung bei den Lohnforderungen zu rechnen.

Das verhaltene Wirtschaftswachstum in diesem Jahr deutet zudem auf keinen nachfrageinduzierten Inflationsimpuls hin. Die Kapazitätsauslastung ist trotz geringfügigen Anstiegs mit 83 vH nach wie vor gering und obwohl sich das Produktionspotential aufgrund der geringen Investitionstätigkeit im letzten Jahr schwächer als erwartet entwickelt hat, sind Kapazitätsengpässe derzeit nicht in Sicht. Dies gilt umso mehr als sich die Investitionstätigkeit in diesem Jahr etwas belebt und leicht kapazitätssteigernd wirkt.

Auch die Entwicklung des Kreditvolumens und der verschiedenen Geldmengenaggregate signalisieren keine Beschleunigung der Inflationsentwicklung. Die Ausweitung der Geldmenge M3 ist zwar nach wie vor kräftig, aber weiterhin zum Teil auf eine schwache Geldkapitalbildung und ein entsprechend starkes Wachstum der in M3 enthaltenen Sondersparformen zurückzuführen. Die Bundesbank hat die Geldmengenentwicklung – zu Recht – nicht zum Anlaß für zinspolitische Korrekturen genommen. Erst wenn sich deutliche Änderungen der monetären Rahmenbedingungen abzeichnen, werden geldpolitische Schritte notwendig.

Finanzpolitik im stabilitätspolitischen Zielkonflikt

Die hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleibende Konjunkturentwicklung führt bei den öffentlichen Haushalten zum Risiko steigender Finanzierungsdefizite, und dies im Referenzjahr der Qualifizierung für die Europäische Währungsunion. Vor allem der Bundeshaushalt gerät unter Druck. Auf der Einnahmenseite wird das Lohnsteueraufkommen hinter den derzeitigen Planungen zurückbleiben, auf der Ausgabenseite werden die Arbeits-

losenhilfe und die Bundeszuschüsse für die Arbeitslosenversicherung den angenommenen Wert übersteigen.

Soll dennoch strikt der Referenzwert der Maastricht-Vereinbarung für die Defizitquote eingehalten werden, ist zur Kompensation eine Rückführung kurzfristig disponibler Ausgaben erforderlich. Die Finanzpolitik gerät hierdurch in einen Zielkonflikt: Die Rückführung kurzfristig disponibler Ausgaben würde vor allem Investitions- und Sachausgaben treffen. Werden diese zugunsten steigender Transfers zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit verringert, wird die hiermit verbundene Umschichtung von investiven zu konsumtiven Ausgaben einerseits bremsend auf den Wachstumstrend wirken. Andererseits würde die Hinnahme eines höheren Finanzierungsdefizits – unabhängig von ihrer Berechtigung – Zweifel aufkommen lassen am Zustandekommen der Währungsunion oder an der Stabilität der zukünftigen europäischen Währung. Auch hiervon wären negative Wachstumsimpulse zu erwarten.

Das kleinere Übel scheint hier der Verzicht auf eine höhere Neuverschuldung im Sinne einer automatischen Stabilisierung zu sein, da die kurzfristigen konjunkturellen Wirkungen eines höheren Finanzierungsdefizits die Nachteile nicht aufwiegen können, die aus einem hieraus resultierenden Erwartungseinbruch entstünden. Zudem würde Druck genommen, die notwendige strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter voranzutreiben.

Längerfristig positive Wirkungen auf den Wachstumstrend können von der geplanten Einkommensteuerreform ausgehen. Mit dieser werden zwei Ziele verfolgt: Erstens die Rückführung der Grenzsteuerbelastung bei gleichzeitiger Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage. Zweitens – wegen der angestrebten Nettoentlastung bei der Einkommensteuer – eine Rückführung des relativen Anteils der direkten Steuern an den Staatseinnahmen zugunsten der indirekten Steuern.

Hiervon ist das erste Ziel uneingeschränkt zu begrüßen. Eine durch Steuerschlupflöcher erodierende Steuerbemessungsgrundlage verzerrt die relativen Preise und damit die erforderlichen Informationen für einen effizienten Ressourceneinsatz. Die hierdurch entstehenden Wachstumseinbußen sind umso größer, je höher die Grenzsteuersätze sind. Eine Einkommensteuer mit niedrigen Grenzsteuersätzen und breiter Bemessungsgrundlage ist daher einer Steuer mit hohen Sätzen und ausgehöhlter Bemessungsgrundlage vorzuziehen.

Dem zweiten Ziel der Reform – den Anteil der Einkommensteuer an den gesamten Staatseinnahmen zugunsten indirekter Steuern zurückzuführen – ist dagegen nur unter dem Vorbehalt einer geeigneten Gegenfinanzierung zuzustimmen. Solange diese Anteilsverschiebung „passiv“ hingenommen wird, indem die Steuerausfälle aus der Einkommensteuerreform durch Ausgabenkürzungen finanziert werden, wäre dieser Schritt zu begrüßen. Weniger günstig erscheint jedoch die Überlegung, statt Ausgabenkürzungen die Mehrwertsteuer an-

zuheben, um einen Teil der Einkommensteuerreform zu finanzieren. Da die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer auch nach der Reform ausgehöhlt bliebe und damit wachstumshemmend wirken würde, wäre hier ein weiterer Abbau von Steuervergünstigungen vorzuziehen.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Hans-Ulrich Brautzsch, Ruth Grunert,
Ingrid Haschke, Brigitte Loose, Martin Snelting,
Silke Tober und Udo Ludwig)*

Ostdeutsches Druckereigewerbe: Trotz Wettbewerbsfähigkeit rascher Personalabbau

Im ostdeutschen Druckereigewerbe unterschreiten trotz der rasanten Tariflohnanpassung die Lohnstückkosten seit 1992 den westdeutschen Vergleichswert. Damit gehört das Druckereigewerbe zu den noch immer wenigen wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweigen Ostdeutschlands.

Die 100%-Angleichung des tariflichen Wochenlohnes an den westdeutschen Vergleichswert ist bereits seit Oktober 1995 vollzogen. Dies gilt allerdings nur für Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, während für Kleinunternehmen die Tariflohnangleichung bis zum Januar 1998 gestreckt wurde. Der tarifliche Stundenecklohn hingegen liegt aufgrund der längeren tariflich vereinbarten Wochenarbeitszeiten unterhalb des westdeutschen Niveaus. Die Effektivstundenlöhne betrugen Ende 1995 etwa 81 vH des westdeutschen Vergleichswertes.

Der Umsatz im ostdeutschen Druckereigewerbe stagnierte in der Vergangenheit, wobei ein mengenmäßiger Produktionsrückgang durch Preiserhöhungen kompensiert werden konnte. Der durch die Tariflohnentwicklung vorgezeichnete Anstieg der Personalkosten führte zu einem Selektionsprozeß unrentabler Unternehmen, der sich statistisch in einer raschen Steigerung der Produktivität niederschlug und in einem Personalabbau um fast 25 vH mündete.

Der insgesamt eher rückläufige gesamtdeutsche Markt für Druckereierzeugnisse sowie die geringe Exportquote lassen auch künftig allenfalls einen mäßigen Produktionsanstieg erwarten.

Die Entwicklung der Tariflohnangleichung

In ostdeutschen Druckereiunternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten ist die Angleichung des tarif-

lichen Wochenlohnes an das westdeutsche Niveau bereits zum 1. Oktober 1995 vollzogen worden. In Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten wurde der Angleichungsprozeß bis zum 1. Januar 1998 gestreckt.

Die tariflich vereinbarte *Wochenarbeitszeit* im ostdeutschen Druckereigewerbe beträgt derzeit 38 Stunden, im Westdeutschland 35 Stunden. Dies ist die Ursache dafür, daß gegenwärtig im Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten der tarifliche *Stundenecklohn* mit 22,38 DM noch unter dem westdeutschen Vergleichswert von 24,30 DM liegt. Damit wird auch im Druckereigewerbe – wie in vielen anderen ostdeutschen Branchen – der Konflikt zwischen dem Erfordernis niedriger Arbeitskosten und dem Wunsch nach Lohnangleichung über längere Arbeitszeiten begegnet.

Die tariflichen Regelungen bezüglich *Urlaubsdauer*, *Urlaubsgeld*, *Jahressonderzahlung* sowie vermögenswirksame Leistungen entsprechen indessen den westdeutschen Tarifvereinbarungen.

Grundlage der Tariflohnentwicklung ist ein für die neuen Bundesländer einheitlich geltender *Flächentarifvertrag*. Dieser gestattet die betriebsspezifische Vereinbarung einer befristeten Verkürzung der *Wochenarbeitszeit* ohne Lohnausgleich um bis zu fünf Stunden.

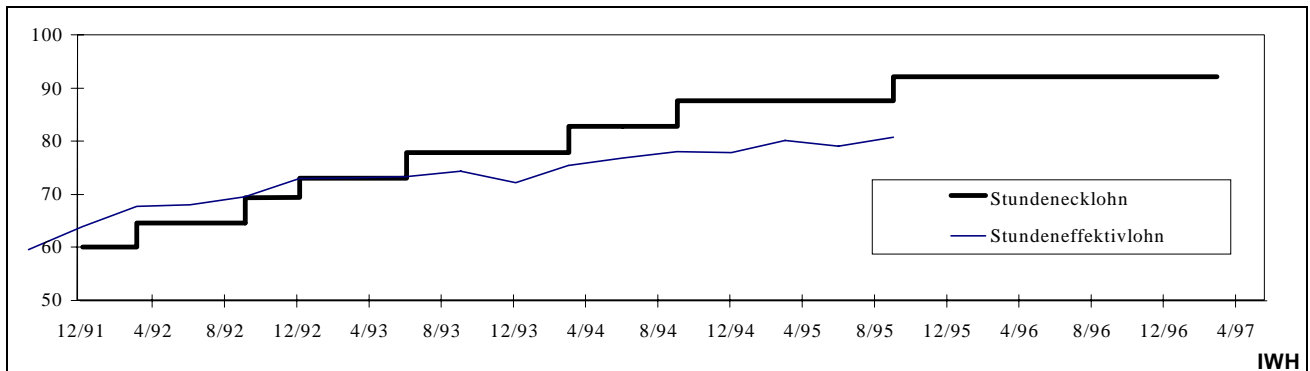
Verhaltene Effektivlohnanpassung

Der durch die Tariflohnentwicklung vorgezeichnete Lohnkostendruck schlägt sich nur unterproportional in der tatsächlichen Lohnkostenentlastung der Unternehmen nieder (vgl. Abbildung 1). Im Oktober 1995 – dem Zeitpunkt der vollständigen Angleichung des tariflichen Wochenlohnes in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten – be-

Abbildung 1:

Vergleich von Stundenecklohn^a und Stundeneffektivlohn^a im Druckereigewerbe Ostdeutschlands

- jeweiliger Angleichungsstand gegenüber Westdeutschland in vH, Westdeutschland = 100 -



^a Tarifgruppe V, Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten.

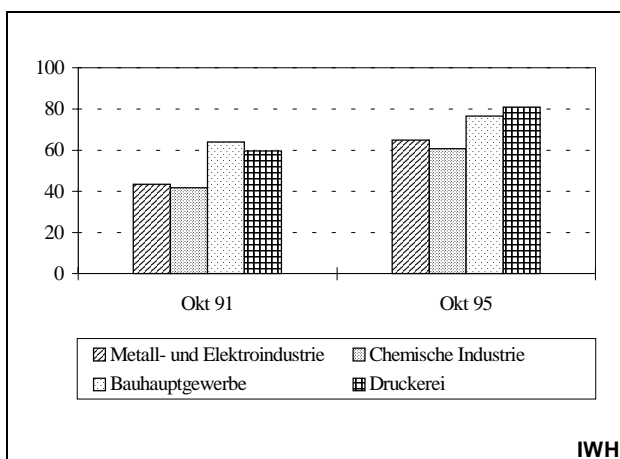
Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Reihen 2.1 und 4.1; Berechnungen des IWH.

liefen sich die Effektivstundenlöhne im ostdeutschen Druckereigewerbe auf lediglich 81 vH des westdeutschen Vergleichswertes. Nichtsdestotrotz ist dies im Vergleich zu anderen Branchen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes ein hoher Anpassungsstand (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2:

Stundeneffektivlohn^a ausgewählter Branchen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes

- in vH, Westdeutschland = 100 -



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Reihen 2.1; Berechnungen des IWH.

Der Grund für das Auseinanderdriften von Tarif- und Effektivlohnangleichung besteht darin, daß die Tariflohnsteigerungen viele Unternehmen zu Ausweichreaktionen veranlaßt hat. Dies zeigt sich unter anderem darin, daß ein großer Teil der Unternehmen unter Tarif entlohnt. Einer Unternehmensbefragung des DIW vom Frühjahr 1995 zufolge zahlten 47 vH der befragten Unternehmen

des Druckereigewerbes Löhne unter Tarif.¹ Insgesamt dürften knapp 40 vH der Beschäftigten des Druckereigewerbes unter Tarif bezahlt werden.

Eine weitere Ursache für die Schere zwischen Tarif- und Effektivlohnangleichung besteht darin, daß im ostdeutschen Druckereigewerbe – wie dies auch in anderen ostdeutschen Wirtschaftszweigen zu beobachten ist² – übertariflichen Lohnzahlungen eine deutlich geringere Rolle zukommt als in Westdeutschland.

Trotz rascher Tariflohnangleichung gute Wettbewerbsfähigkeit

Das wichtigste Kriterium für eine angemessene Lohnangleichung ist deren Einklang mit der Produktivitätsentwicklung. Zur Beurteilung hierfür wird im allgemeinen der Indikator Lohnstückkosten herangezogen. Er kann vereinfacht als das Verhältnis von Personalkosten und Bruttowertschöpfung definiert werden.

Seit 1992 lagen die Lohnstückkosten im ostdeutschen Druckereigewerbe unterhalb des westdeutschen Vergleichswertes (vgl. Tabelle 1). Die schnelle Tariflohnangleichung führte zwar bis 1994 zu einer sprunghaften Zunahme der Personalkosten je Erwerbstätigen. Dieser stand jedoch eine entspre-

¹ Vgl. DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Dreizehnter Bericht, in: IWH: Forschungsreihe, 2/1995, S. 82.

² Vgl. SCHNEIDER, H.; BRAUTZSCH, H.-U.: Lohnangleichung in der ostdeutschen Chemie: Moderat genug für kräftiges Produktionswachstum, für Beschäftigungssicherung dagegen zu stark, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/1996, S. 5. – BRAUTZSCH, H.-U.: Ostdeutsches Bauhauptgewerbe: Nachfrageeinbruch stoppt Lohnangleichung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/1996, S. 5.

Tabelle 1:
Lohnstückkosten und Produktivität im Druckereigewerbe^a

	Ostdeutschland		Westdeutschland		Westdeutschland = 100	
	1992	1994	1992	1994	1992	1994
Bruttowertschöpfung (Mrd. DM)	1,01	0,99	16,93	16,05	6,0	6,2
Erwerbstätige (Tsd.)	16,8	12,8	189,6	173,1	8,9	7,4
Lohnstückkosten (vH) ^b	75,8	76,2	77,2	80,1	98,2	95,1
Arbeitsproduktivität ^c (TDM)	59,9	77,1	89,3	92,7	67,1	83,2
Personalkosten ^d je Erwerbstätigen (TDM)	45,4	58,8	69,0	74,3	65,8	79,1
Tariflicher Stundenecklohn ^e (DM)	13,57	18,31	21,0	22,13	64,6	82,7

^a Einschließlich Vervielfältigung. – ^b Personalkosten je Bruttowertschöpfungseinheit. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^d Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialkosten. Die Angaben beruhen auf Erhebungen in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten. – ^e August des jew. Jahres.
Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.3.3. (Kostenstrukturerhebung); Fachserie 4, Reihe 4.1.1. (Produktionsstatistik); Fachserie 16, Reihe 4.1.; Berechnungen des IWH

chende Produktivitätssteigerung gegenüber. Das Druckereigewerbe gehört demnach zu den noch immer wenigen wettbewerbsfähigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands.

Der interregionale Lohnstückkostenvergleich kann jedoch durch unterschiedliche Produktionsstrukturen verzerrt sein.³ Das Druckereigewerbe in Ost- bzw. Westdeutschland weist in der Tat signifikant unterschiedliche Produktionsstrukturen aus (vgl. Tabelle 2). Um den Einfluß unterschiedlicher Produktionsstrukturen ausschließen zu können, wäre zunächst die Ermittlung der Lohnstückkosten für die einzelnen Subsektoren notwendig. Beim interregionalen Lohnstückkostenvergleich müßten dann die sich aus den unterschiedlichen Produktionsstrukturen ergebenden Effekte mit Hilfe eines bereinigten Lohnkostenindex eliminiert werden.⁴ Dieser müßte die Lohnstückkosten der Subsektoren des ostdeutschen Druckereigewerbes – gewogen mit der ostdeutschen Produktion – mit jenen

Lohnstückkosten vergleichen, die sich im ostdeutschen Druckereigewerbe ergeben hätten, wenn in diesen Subsektoren die spezifischen Lohnstückkosten der westdeutschen Subsektoren aufgewendet worden wären. Dieser bereinigte Lohnkostenindex läßt sich jedoch empirisch nicht ermitteln, da die amtliche Kostenstrukturerhebung sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland lediglich Angaben zum Druckereigewerbe insgesamt vorlegt.

Drastischer Personalabbau: Preis der Wettbewerbsfähigkeit bei nahezu stagnierender Produktion

Die Produktion des ostdeutschen Druckereigewerbes expandierte nur mäßig. Am insgesamt wohl eher rückläufigen gesamtdeutschen Markt konnten keine Marktanteile gewonnen werden. Das gleiche gilt für ausländische Märkte (vgl. Tabelle 3). Eine Ursache hierfür dürfte darin bestehen, daß nahezu die Hälfte der ostdeutschen Druckereiproduktion auf die Erzeugung von Zeitungen konzentriert ist, die wohl überwiegend für lokale bzw. regionale Märkte bestimmt sind (vgl. Tabelle 2).

Insgesamt dürfte die mengenmäßige Produktion von Druckereierzeugnissen in Ostdeutschland sogar rückläufig gewesen sein. Nur die – gemessen an der durchschnittlichen Preisentwicklung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe – überaus starke Erhöhung der Erzeugerpreise verhinderte eine wertmäßige Schrumpfung der Produktion.

Bei weitgehend stagnierendem Umsatz hat die über dem Preisanstieg liegende Lohnsteigerungsrate zu einer drastischen Reduzierung des Personalbestandes geführt. So nahm der Personalbestand im ostdeutschen Druckereigewerbe von 1991 bis 1994 um 40 vH ab. Zu vermuten ist, daß dieser Personalabbau weniger in Form von Entlassungen in bestehenden Betrieben erfolgte als vielmehr im Zuge eines Marktselektionsprozesses zu Lasten un-

Tabelle 2:
Struktur der Produktion von Druckereierzeugnissen 1994
- in vH -

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Zeitungen	49,5	17,1
Bücher	14,6	7,0
Zeitschriften	2,3	13,8
Kataloge und Werbedrucksachen	13,5	27,3
Sonstige	20,1	34,8

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 3.1.; Berechnungen des IWH.

³ Vgl. TOMANN, H.: Sind die Ost-Löhne zu hoch?, in: Wirtschaftsdienst, 1996/XII, S. 630.

⁴ Ebenda.

Tabelle 3:

Marktanteil, Exportquote sowie Preisentwicklung im Druckereigewerbe Ost- und Westdeutschlands

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1992	1993	1994	1992	1993	1994
Marktanteil ^a (vH)	5,1	5,6	4,9	94,9	94,4	95,1
Exportquote ^b (vH)	6,7	6,6	3,1	7,1	6,7	7,1
Index der Erzeugerpreise für Druckereierzeugnisse ^c (1991 = 100)	104,6	115,8	125,0	101,4	101,8	101,9

^a Anteil am gesamtdeutschen Umsatz. – ^b Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – ^c Einschließlich Vervielfältigungen.

Die Angaben beruhen auf Erhebungen in Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Reihe 4.1.1 (Produktionsstatistik); Fachserie 17, Reihe 2; Berechnungen des IWH.

rentabler Unternehmen. Der verbliebene Bestand hat zumindest statistisch seine Wettbewerbsposition gegenüber Westdeutschland behaupten können.

Analyse von Produktion und Beschäftigung nach 1994: Methodische Probleme

Die Analyse der Produktions- und Beschäftigungsentwicklung für den Zeitraum nach 1994 wird auch im Druckereigewerbe durch einige Probleme erschwert.⁵ Schwierigkeiten bereitet insbesondere die Umstellung der Wirtschaftszweigklassifikation auf die NACE-Klassifikation seit 1995. Zwar sind bei nahezu allen Wirtschaftszweigen Probleme bezüglich der Vergleichbarkeit mit dem Zeitraum vor 1995 gegeben. Im Falle des Druckereigewerbes erfolgte jedoch eine besonders gravierende Neuordnung der Subsektoren, so daß gegenwärtig seitens der amtlichen Statistik für diese Branche keine Schlüsselbrücke für beide Klassifikationen bereitgestellt werden kann. Dies führt letztlich dazu, daß sich die folgende Analyse auf den Kernbereich des Druckereibereiches⁶ beschränken muß.

Ein zweites Problem besteht darin, daß für das Jahr 1996 in der monatlichen Produktionsstatistik für den 2- bzw. 4-Steller der NACE-Klassifikation nur gesamtdeutsche Daten berichtet werden, so daß hier lediglich die Entwicklung bis 1995 untersucht werden kann.

Des weiteren können für das Jahr 1995 wertschöpfungsbezogene Angaben nicht generiert werden. Die Ursache hierfür liegt darin, daß sich bei der Übertragung der Vorleistungsquoten des Jahres 1994 auf 1995 wertschöpfungsbezogene Lohn-

stückkosten ergeben, die deutlich unterhalb der der Vorjahre liegen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die für das Druckereigewerbe insgesamt ausgewiesenen Vorleistungsquoten nicht denen des Kernbereichs dieser Branche entsprechen. Dieses Problem kann jedoch nicht näher spezifiziert werden, da die amtliche Statistik sowohl für West- als auch für Ostdeutschland nur die Kostenstruktur des Druckereigewerbes insgesamt berichtet. Deshalb muß sich die Analyse für 1995 auf umsatzbasierte Kennziffern beschränken.

Auch 1995 blieb Druckereigewerbe wettbewerbsfähig

Der Anteil der Bruttolöhne und Gehälter am Umsatz war 1995 im ostdeutschen Druckereigewerbe niedriger als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 4). Unter der Voraussetzung, daß die Vorleistungsquote im ostdeutschen Druckereigewerbe dem westdeutschen Vergleichswert entspricht, dürfte die relative Wettbewerbsposition der ostdeutschen Unternehmen erhalten geblieben sein.

Bemerkenswert ist, daß auch nach 1994 für das ostdeutsche Druckereigewerbe nicht unerhebliche Preiserhöhungsspielräume bestehen. So stiegen die

Tabelle 4:

Lohn-Umsatz-Relation im Druckereigewerbe 1995

	Ostdeutschland	Westdeutschland	Westdeutschland= 100
Umsatz je Erwerbstätigen (in 1.000 DM)	156,2	217,3	71,9
Bruttolohn- u. -gehaltsumme je Erwerbstätigen (in 1.000 DM)	42,2	63,0	67,0
Anteil der Bruttolohn- und -gehaltsumme am Umsatz (in vH)	27,0	29,0	93,1

Die Angaben beruhen auf Erhebungen in Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.1.1. (Produktionsstatistik); Berechnungen des IWH.

⁵ Auf eine Reihe von gleichgelagerten Problemen wurde bereits an anderer Stelle berichtet (vgl. ebenda).

⁶ Es handelt sich hierbei um die Sektoren (22.21) Zeitungsdruckerei, (22.22) Druckerei (ohne Zeitungsdruckerei), (22.24) Satzherstellung und Reproduktion, (22.25) Sonst. Druckgewerbe sowie (21.25) Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe.

Erzeugerpreise 1995 gegenüber dem Vorjahr um 7,9 vH. Bis November 1996 war gegenüber dem Vorjahreszeitraum nochmals ein Preisanstieg um 7,8 vH zu beobachten.

Weiterer Beschäftigungsabbau ist wahrscheinlich

Zu vermuten ist, daß künftig das Produktionsvolumen im ostdeutschen Druckereigewerbe nur langsam ausgedehnt werden kann. Ein weiterer Anstieg der Personalkosten, der sowohl durch die

Tariflohnentwicklung im gesamtdeutschen Druckereigewerbe als auch aus der allmählichen Angleichung des Effektivlohnlevels an den westdeutschen Vergleichswert zu erwarten ist, dürfte den Selektionsprozeß zu Lasten uneffektiver Unternehmen fortsetzen und letztlich in einem weiteren Beschäftigungsabbau münden.

Hans-Ulrich Brautzsch
(bra@iw.h.uni-halle.de)

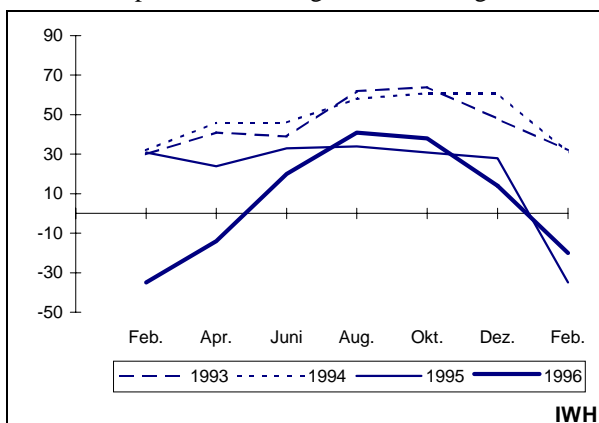
Ostdeutsches Bauhauptgewerbe im Februar mit großer Skepsis

Nach den Ergebnissen der IWH-Umfrage unter 300 ostdeutschen Bauunternehmen hat sich die *Geschäftslage* im Februar gegenüber dem Jahresende 1996 deutlich verschlechtert. Die Mehrzahl, d.h. drei von fünf der Unternehmen, stuft das aktuelle Baugeschäft mit „schlecht“ oder „eher schlecht“ ein. Nur 8 vH der befragten Unternehmen schätzen ihre derzeitige Geschäftslage mit „gut“ ein, 31 vH mit „eher gut“. Der Rückgang ist nicht nur saisonbedingt, sondern bringt vor allem den allgemein erwarteten Einbruch im Wohnungsbau aufgrund der Rückführung der Sonderabschreibungen zum Ausdruck. So sinkt im Vergleich der Zweige der Stimmungsindikator im Bauhauptgewerbe und dabei insbesondere im Hochbaubereich am stärksten (Rückgang um 45 Punkte im Vergleich zur Befragung im Dezember). Auch im Vorjahresvergleich weist der annähernd gleich hohe Saldo im Hochbau auf diesen Nachfrageverlust hin, da es im Februar bisher nicht zu vergleichbaren witterungsbe-

dingten Behinderungen gekommen ist wie im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Tiefbaubereich fällt die Geschäftslage wegen des milderen Winters dagegen sogar etwas günstiger aus als im Vorjahr, bleibt allerdings mit einem Anteil von 70 vH pessimistischer Stimmen weiterhin recht schlecht. Hoffnungsschimmer kommen vom Ausbaubereich. Hier wird die aktuelle Lage – wie schon in den vorangegangenen Befragungen – von einer Mehrzahl (56 vH der Unternehmen) positiv eingeschätzt.

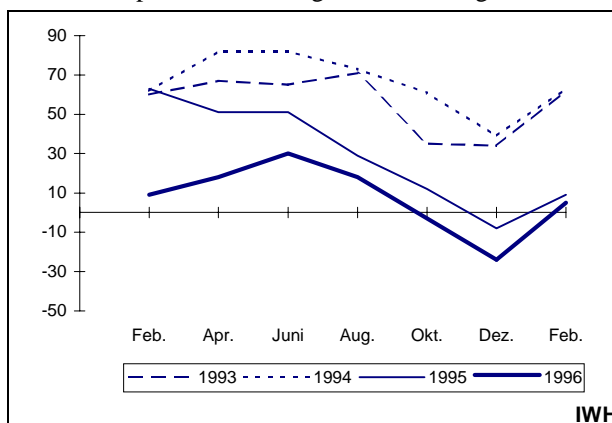
Ihre *Geschäftsaussichten* für die nächsten Monate bewerten die Unternehmen saisonbedingt wieder optimistischer. Im Vorjahresvergleich wird allerdings ebenfalls die vom Mietwohnungsneubau, aber auch vom gewerblichen Hochbau ausgehende Nachfragedämpfung sichtbar. Der Saldo aus den positiven und negativen Wertungen liegt vor allem im Hochbaubereich deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert (Rückgang um 20 Punkte). Im Tiefbau setzt sich dagegen die Skepsis aus dem

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

Vorjahr fort. Das bestätigen auch die der Produktion vorlaufenden Auftragseingänge der amtlichen Statistik. Sie sind für den Hochbau im zuletzt verfügbaren Zweimonatsvergleich November/Dezember gegenüber September/Okttober saisonbereinigt um real 6,7 vH zurückgegangen. Im Tiefbau macht der entsprechende Nachfragerückgang 3,6 vH aus (Bauhauptgewerbe insgesamt -5,7 vH).

Im Bereich der Modernisierung und Sanierung bleiben die Produktionserwartungen dagegen anhaltend günstig. Hier überwiegen mit einem Verhältnis von 70 zu 30 noch eindeutig die Optimisten gegenüber den Pessimisten.

Brigitte Loose
(blo@iwh.uni-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe - Februar 1997
Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Feb 96	Dez 96	Feb 97	Feb 96	Dez 96	Feb 97	Feb 96	Dez 96	Feb 97	Feb 96	Dez 96	Feb 97	Feb 96	Dez 96	Feb 97
	- in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	9	20	8	24	37	31	44	38	48	23	5	12	- 35	14	- 21
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter ^b	8	16	7	21	35	27	46	42	51	25	7	14	- 41	3	- 31
Hochbau	10	20	9	23	38	26	42	37	55	24	6	11	- 33	15	- 30
Tiefbau	7	15	2	19	32	28	44	44	54	30	10	17	- 48	- 7	- 40
Ausbaugewerbe	12	32	14	31	41	42	42	26	39	16	1	5	- 15	47	13
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	12	31	11	19	36	27	31	23	34	38	10	27	- 38	33	- 23
20 bis 249 Beschäftigte	10	23	10	24	40	29	43	34	48	24	4	13	- 33	24	- 22
250 und mehr Beschäftigte	7	12	0	28	27	38	55	54	57	10	8	5	- 31	- 23	- 24
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	5	15	5	25	32	31	49	47	54	22	6	10	- 41	- 5	- 28
Neugründungen	15	24	13	18	43	29	44	27	40	24	5	18	- 36	35	- 17
Bauhandwerk	16	30	15	25	45	29	35	21	44	25	4	12	- 19	50	- 12
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	11	7	7	44	31	45	38	51	42	8	11	5	9	- 24	5
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter ^b	9	5	7	42	28	40	41	56	48	9	12	6	2	- 36	- 7
Hochbau	12	6	9	48	31	42	32	54	48	7	9	2	21	- 26	1
Tiefbau	8	4	2	26	18	32	53	63	56	13	16	10	- 31	- 56	- 32
Ausbaugewerbe	13	13	9	54	41	60	30	36	26	3	10	4	34	9	40
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	14	8	5	57	36	55	17	39	34	12	18	7	43	- 13	18
20 bis 249 Beschäftigte	12	8	9	44	33	42	37	49	43	8	11	6	12	- 18	2
250 und mehr Beschäftigte	7	4	0	38	19	52	55	65	48	0	12	0	- 10	- 54	5
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	5	6	4	41	23	42	46	59	50	8	13	5	- 8	- 42	- 9
Neugründungen	22	8	9	42	36	51	28	49	27	8	8	13	27	- 13	19
Bauhandwerk	18	9	14	53	49	47	26	32	38	4	10	1	41	16	23

^a Summe der Wertungen pro Jahr jeweils gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.